

Die Kaufleute gegen die Zentralen.

Die Reichsorganisation der Kaufleute Österreichs veranstaltete gestern gemeinsam mit dem Zentralverbande von kaufmännischen Einkaufsgenossenschaften Österreichs, der Großverkaufsgenossenschaft der Kaufleute Wiens, der Handelskammern und der Genossenschaft der nichtprotokollierten Handelsleute in der Volkshalle des Wiener Rathauses eine Versammlung der Kaufleute und Handelstreibenden mit der Tagesordnung: „Stellungnahme zur Wirtschaft der Zentralen.“ Die Volkshalle war dicht gefüllt, es hatten sich über 3000 Personen, darunter zahlreiche Geschäftsfrauen, die derzeit die Geschäfte ihrer Gatten, die sich an der Front befinden, führen, eingefunden.

Der Präsident der Reichsorganisation Handelskammerrat M. Ratz sagte, die legitime Kaufmannschaft spreche sich nicht für die sofortige Beseitigung der Zentralen aus, sondern lege Verwahrung gegen die Bevorzugung gewisser Privatorganisationen bei der Warenverteilung ein und fordere eine durchgreifende Reform der Zentralen.

Kammerrat Ratz erörterte den Aufbau und den Wirkungskreis der Zentralen und führte aus: Es war ein großer Fehler, die mittelständischen Kaufleute von der Mitwirkung an den Zentralen auszuschließen und eine vornehmlich bureaukratische Leitung einzuführen. Auf seinen Antrag wurde eine Resolution angenommen, in der es heißt, daß die einschneidenden Erparungsmaßnahmen sowie die Unterwerfung des gesamten Warenverkehrs unter staatliche Kontrolle einseitig zugunsten der Großbetriebe und bevorzugter Konsumentenorganisationen durchgeführt werden. Dagegen protestierte die Kaufmannschaft. Einzelne Banken und Großunternehmungen in Verbindung mit einem wucherischen Schleichhandel können enorme Gewinne erzielen, es konnte aber weder eine befriedigende Erfassung aller Vorräte erreicht, noch die erschreckende Preissteigerung hintangehalten werden. Dafür aber wurden große Kreise der berufsmäßigen Kaufleute um ihren Erwerb gebracht und in ihrer Steuerkraft lahmgelegt. Die Kaufmannschaft fordert, daß mit aller Be-

schleunigung, zumindest aber mit dem Eintritte der Friedenswirtschaft alle Monopole und Vorrechte der Zentralen aufgehoben und die Kaufmannschaft in ihre legitime Betätigung eingesetzt sowie daß für die Dauer der Kriegswirtschaft unüberzüglich sachmännische Vertreter des Handels und der Konsumenten zur Verwaltung und wirksamen Kontrolle der Zentralen zugelassen werden.

Ueber Steuerfragen referierte hierauf Gremialrat Schallaböck, der unter anderem auf die massenhaften Gewerbezurücklegungen von Handelsbetrieben hinwies. In den Jahren 1914 bis 1917 haben in Wien 9221 Firmen ihre Betriebe abgemeldet. Gewiß ein Zeichen der traurigen wirtschaftlichen Lage der Kaufleute. Er verlangte zum Schlusse seiner mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen eine gerechte Regulierung der Steuermaschine, damit der Mittelstand geschützt und erhalten bleibe. Die Resolution wurde einstimmig angenommen und die Versammlung sodann geschlossen.